
Nein zum Angriff auf Afghanistan!

Die verbrecherischen Terroranschläge vom 11.09. in den USA dienen den Herrschenden als Vorwand für eine Zuspitzung ihrer Politik. Verstärkte Militarisierung von Innen- und Außenpolitik, Abbau demokratischer und sozialer Rechte. Alles unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terror“. Die politischen und sozialen Wurzeln des Terrors werden dadurch aber nicht beseitigt. Im Gegenteil: Die kapitalistische „Globalisierung“ wird weiter vorangetrieben.

Die terroristischen Anschläge in den USA und die terroristischen Bombenangriffe auf Afghanistan sind zwei Seiten der gleichen weltweit herrschenden Barbarei.

Der Milliardär Bin Laden und seine fundamentalistischen Terrorgruppen sind jahrelang vom amerikanischen Geheimdienst CIA ausgebildet und unterstützt worden. Mit 500 Millionen US-Dollar jährlich haben die USA die afghanischen „Gotteskrieger“ und ihre militärische Ausrüstung finanziert. Damals galten diese noch nicht als „Terroristen“, sondern als „Freiheitskämpfer“. Sie sollten den Einfluss der USA in dieser aus machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen wichtigen Region festigen helfen. Sie sollten den Bau von amerikanischen Erdgas- und Erdölpipelines durch das Land ermöglichen.

Der Krieg der USA / NATO gegen das unterentwickelt gehaltene Afghanistan trifft vor allem die geschundene und hungernde Bevölkerung. Deshalb treten wir, wie schon in den Kriegen gegen Irak und Jugoslawien auch jetzt erneut für die Niederlage der imperialistischen Angreiferstaaten ein. Damit verteidigen wir jedoch nicht das menschenverachtende Regime der Taliban, sondern die Frauen, die städtische Armut, die verarmten BäuerInnen und NomadInnen, deren Befreiungskampf sich gegen imperialistische Bevormundung und gegen das Regime der Islamisten richtet.

**>> Freiheit stirbt mit Sicherheit <<
Von der Aufrüstung im Inneren und der ...**

Die Bundesregierung nutzt die Terroranschläge und die berechtigten Ängste der Bevölkerung nun zum beschleunigten Abbau demokratischer Rechte und zur Verschärfung des staatlichen Rassismus. Diskriminiert werden dabei alle „Nichtdeutschen“ und insbesondere Menschen aus dem arabischen Raum. Wir lehnen den „Anti-Terror-Pakete“ genannten Demokratieabbau ab. Sie werden nichts gegen „Terrorismus“ ausrichten. In Wirklichkeit sind sie gegen die Antiglobalisierungsbewegung, gegen streikende ArbeiterInnen und aktive AntifaschistInnen sowie alle anderen op-

positionellen Regungen und Bewegungen gerichtet.

Bereits beschlossen ist beispielsweise die Einführung eines §129b StGB. Der §129a StGB ist ein bereits berüchtigter Gummiparagraph mit dem fast ausschließlich AktivistInnen der Linken verfolgt werden. Dieses Instrument war bisher nur gegen Menschen einsetzbar, denen die Unterstützung oder Bildung einer „terroristischen Vereinigung“ im Inland vorgeworfen wurde. Jetzt soll es ausgebaut werden. Mit dem §129b wäre es z.B. in den 80er Jahren möglich gewesen, die Unterstützung für die Antiarpartheid-Bewegung in Südafrika zu kriminalisieren.

Denn alles ist eine Frage der Definition: „Terror“ heißt eigentlich nichts weiter, als „in Schrecken versetzen“. Für die Herrschenden ist jedoch jede/r „terroristisch“, der/ die es wagt auszurufen „Eine andere Welt ist möglich!“ oder sich gar aktiv für eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse einsetzt.

... Aufrüstung nach außen

„Vorbehaltlos“ unterstützt die Bundesregierung den auf Jahre ausgelegten Krieg gegen „den Terrorismus“. Sie nutzt die Chance, um unter Verletzung des Grundgesetzes Deutschland auch als militärische Weltmacht auszubauen. Fast unbemerkt im „Windschatten“ des Krieges gegen Afghanistan schreitet so der deutsche Imperialismus weiter voran: In Mazedonien führt jetzt ein Bundeswehrgeneral das NATO-Kommando an.

Für die notwendige Ausstattung sorgt der neue Bundeshaushalt. Kriegsminister Scharping, die Bundeswehrführung sowie vor allem die Rüstungsindustrie dürfen sich freuen: Der Etat für „Verteidigung“ soll in den nächsten Jahren weiter aufgestockt werden. Mit diesen Geldern soll die Bundeswehr endgültig für weltweite Einsätze aufgerüstet werden.

Internationalistische Antikriegsbewegung aufbauen!

Bereits am Tag nach den ersten Angriffen auf Afghanistan demonstrierten zehntausende Menschen gegen Terror und Krieg. In Berlin, Jena und einigen anderen Städten bestreikten SchülerInnen den Unterricht und protestierten lautstark in den Innenstädten. An der gewerkschaftlichen Basis regt sich erster Widerstand, wie einige Erklärungen von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsgliederungen zeigen.

Diese noch viel zu schwachen Ansätze gilt es weiterzuentwickeln: Überall dort, wo wir arbeiten, lernen und leben,

müssen wir versuchen, Widerstand zu organisieren und Antikriegsgruppen aufzubauen!

Unsere Aufgabe ist es, den Lügen der Medien entgegenzuwirken und über die Wirklichkeit hinter Terror und Krieg zu informieren. Demonstrationen und Streiks müssen organisiert und mit anderen Aktionen national und international koordiniert werden. Überall auf der Welt haben sich Menschen gegen Terror und Krieg ausgesprochen. Sie suchen – wie wir – nach neuen Antworten und Wegen im Kampf gegen Terror und Krieg.

Sozialismus oder Barbarei!

Spätestens die Proteste in Genua haben die Frage nach einer Alternative zum bestehenden kapitalistischem System wieder auf die Tagesordnung gesetzt

Jeden Tag verhungern weltweit 50.000 Menschen. Drei Milliarden Menschen müssen von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben. Das ist der soziale Nährboden auf dem Terroristen Massenanhang gewinnen können. Das fast völlige Fehlen sozialistischer Perspektiven in den ausgebeuteten Klassen treibt diese dem religiösen Fundamentalismus, dem Faschismus und dem Rassismus in die Arme. Das ist in der BRD nicht wesentlich anders als in Afghanistan oder in den USA.

Grundlegend ändern wird sich daran nur etwas, wenn wir die Ursachen für die weltweite Ungerechtigkeit beseitigen, wenn es gelingt, die sozialistische Demokratie wieder als glaubwürdige Alternative in das Bewusstsein der Menschen zu bringen.

Anknüpfend an die Massendemonstration in Genua muss es gelingen, in Brüssel eine große internationale Demonstration gegen die „Globalisierung“ von Terror und Krieg zu organisieren.

Dort - in der Stadt, in der auch das NATO Hauptquartier liegt - gilt es, gegen den Kriegsgipfel der EU-Regierungen zu demonstrieren. Dort kann der Aufbau einer internationalen antikapitalistischen Bewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen einen Schritt weiterkommen.

Deshalb: Am 15. Dezember auf nach Brüssel!

- **Ausbau statt Abbau demokratischer Rechte!**
- **Gleiche Rechte für alle Menschen!**
- **Bundeswehr & NATO: Raus aus Mazedonien!**
- **Für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung - Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!**

RSB: Wer wir sind & Was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* ist Teil der von Leo Trotzki und anderen revolutionären MarxistInnen 1938 gegründeten *IV. Internationale*. Diese ist in über 50 Ländern aktiv und hält die grundlegenden Probleme der Welt im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete internationale und sozialistische Rätedemokratie an, welche die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb treten wir aktiv und gemeinsam mit anderen linken politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen des Proletariats ein. Wir unterstützen den Kampf gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus und jede Form von Diskriminierung. Wir kämpfen für die politische rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Wir setzen uns für den Erhalt der Umwelt ein. Unser Ziel ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen, revolutionären Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt in außerparlamentarischen Kämpfen.



- Probeabo „Avanti - Zeitung des RSB“
(3 Ausgaben gegen 5 DM in Briefmarken)
- Probeheft INPREKORR
(deutschsprachige Publikation der IV. Internationale, 5DM)
- Programm RSB (3 DM)
- Manifest der IV. Internationale (5 DM)
- Ich möchte Kontakt zum RSB, meldet Euch!

Auschneiden und ab an:

**RSB Bundesbüro, Verbindungskanal / Linkes Ufer 20-24
68159 Mannheim, Tel/Fax: 0621 - 15 64 0 46**

www.rsb4.de

**Revolutionär Sozialistischer Bund
IV. Internationale (RSB)**

